Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden August 1984



bick bunkt

1. September 1984: Nie wieder Krieg! Abrüsten statt aufrüsten!

Den 1. September als Antikriegstag zu begehen, ist unter den friedliebenden Menschen

längst zu einer festen Tradition geworden. Der Jahrestag des Überfalls der deutschen Faschisten auf Polen, bedeutet besonders für unser Volk Verpflichtung, den Willen zur Verteidigung des Friedens zu bekunden und jenen Kräften entgegenzutreten, die ihn in Frage stellen.

Gerade im Jahre 1984, wo neue US-Mittelstreckenraketen in unserem Land schon teilweise stationiert sind und weiter die Stationierung vorbereitet wird, ist es für uns alle lebensnotwendig, sich gegen die wahnsinnige Hochrüstung zur Wehr zu setzen.

Nachdem Ronald Reagan die dramatische Gefährlichkeit seines politischen Kurses sogar in einer Sprechprobe öffentlich kundgetan hat, gewinnen die Aktionen der Friedensbewegung noch größeres Gewicht. In der Tat, aus den Sprechproben von heute können die Befehle von morgen werden. Abenteurer wie Reagan bereiten den Krieg gegen die Sowjetunion auf unserem Boden vor. Wenn die Befehle erst erteilt sind, ist es zu spät, die totale Katastrophe zu verhindern. Die Soldaten und die Zivilbevölkerung werden vernichtet sein. Man muß mit vielfältigen Aktionen die Kriegstreiber daran hindern, die Welt in Brand zu stecken.

Der DGB-Bundesvorstand hat in einem Aufruf zum 1. September alle Arbeiter und Angestellten aufgefordert, sich an den Veranstaltungen an diesem Tag zu beteiligen, Im Aufruf heißt es u. a.: "Die Friedenssehnsucht ist tief in der gewerkschaftlichen Tradition verankert. Seit Beginn der Gewerkschaftsbewegung Arbeitnehmer für das friedvolle Miteinander der Völker in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft." Und weiter: "Die Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen müssen wieder aufgenommen und mit den Verhandlungen über interkontinentale Nuklearwaffen zusammengelegt werden. Ziel muß dabei sein, alle in Europa statio-



Siegläufer Reagan



nierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art abzubauen. Zu einer Politik der Friedenssicherung durch Rüstungskontrollund Abrüstungsverhandlungen gibt es keine Alternative."

Wir sollten alle etwas dafür tun, daß der Frieden erhalten bleibt und uns an den Protesten am 1. September 1984 beteiligen. Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden, denn ohne Frieden ist alles nichts. Friedl Küspert

Immer mehr Menschen erkennen, wo die Gefahr für den Frieden herkommt

Die einen meinten, es wäre ein Scherz einer Sprechprobe, viele Menschen jedoch gaben ihrer Empörung Ausdruck als sie meinten, daß derlei "Witze" eines in Cowboy-Manier sich benehmenden US-Präsidenten ekelerregend und empörend sind.

Was muß sich im Kopf eines Politikers abspielen, wenn ihm solche Sprüche locker über die Lippen kommen? Ist hier nicht, wie so oft im Leben, der Wunsch der Vater des Gedankens? Wenn es nur eine einmalige flapsige Äußerung eines US-Präsidenten wäre, könnte man noch darüber hinwegsehen. Aber es paßt so vieles zusammen. Dieser Mann und seine engsten Mit-

arbeiter und Berater haben schon mehr solcher Sprüche von sich gegeben. Wir meinen, wer so spricht, ist auch eines Tages bereit, Atomwaffen im Kampf gegen das "Böse" gegen das "Abnormale", gegen den Kommunismus, einzusetzen. Er scheut sich nicht, ähnlich wie der Welt größter Verbrecher, Adolf Hitler, der immer von der Vorsehung sprach, zu behaupten, daß Gott in seine Hände das Schicksal einer bedrängten Menschheit gelegt hat.

Daß dieser "Lapsus" des US-Präsidenten kein Einzelfall war, belegen seine Äußerungen in der Vergangenheit. Hier eine kleine Auswahl:

"Die Sowjets bleiben der Kern alles Bösen in dieser Welt."

US-Präsident Reagan (11. März 83) "Ich glaube seit langem, daß es einen göttlichen Plan gibt, der dieses Land einem Volk von besonderer Bestimmung überschrieben hat." US-Präsident Ronald Reagan (1976 und 1983).

,.... Kommunismus ist eine Abweichung, keine normale Lebensweise menschlicher Wesen, und ich denke, daß wir die ersten Risse sehen, den Anfang vom Ende."

US-Präsident R. Reagan (1978)

"In unsere Hände hat Gott das Schicksal einer bedrängten Menschheit gelegt."

US-Präsident R. Reagan (1978) "Es ist das anerkannte Ziel der USA, das innere System der Sowjetunion durch die Anwendung westlicher Stärke pluralistisch zu verwandeln."

US-Außenminister Shultz (1983)

Trotz der internationalen Emsetzt US-Präsident pörung Reagan seine wahnwitzigen Bomben-"Scherze" fort: Von Repräsentanten des jüdischen Weltkongresses verabschiedete sich Reagan mit den Worten, er müsse jetzt in eine Kabinettssitzung, wo er aber nicht beschließen werde, Rußland in den nächsten fünf Minuten zu bombardieren.

Was uns bleibt, ist auch in diesem Jahr und ganz besonders am diesjährigen Antikriegstag, am 1. September, solchen Kriegstreibern den Kampf anzusagen. Immer mehr Menschen dieser Erde begreifen, daß die USA zur Zeit! einen Krieg vorbereiten, daß sie bereit sind, einen begrenzten Atomkrieg zu führen. Zu diesem Schluß kam unlängst der ehemalige Stellvertreter des

Oberkommandierenden der NATO, und Cruise Missiles, Das "Schild" solitalienische a, D. Nino Pasti.

Weltraums, als irgendwelche Welttungen einer Offensive. "Wer einen möglicht." Krieg, besonders einen Nuklearkrieg, Den sowjetischen Vorschlag, sofort schlagswaffen der USA, MX-Raketen, sie nie aufhalten können." Trident-Raketen, Pershing-II-Raketen

Luftwaffengeneral len die neuen Anti-Satelliten-Waffen und Anti-Raketen darstellen.

Nino Pasti warnt, die von den Ameri- "Alle diese Maßnahmen lassen nur eikanern forcierte Militarisierung des nen Schluß zu, erklärte der General, "daß die USA gewillt sind eine Vorraumspielereien zu verharmlosen. Es machtstellung zu erringen, die ihnen handele sich vielmehr um Vorberei- die Führung eines Nuklearkrieges er-

führen will, der braucht ein "scharfes über ein Verbot der Weltraumwaffen Schwert" und ein "sicheres Schild". zu verhandeln, beurteilt Nino Pasti po-Die USA treffen dazu alle Vorberei- sitiv: "Wenn diese Entwicklung nicht tungen, sagt Nino Pasti, Das "scharfe jetzt gestoppt wird, bevor die Erpro-Schwert" sieht er in den neuen Erst- bung abgeschlossen ist, dann wird man

Heinz Hechler

Mach mit! Herbstaktion der Friedensbewegung

zur Umkehr - Stoppt den Rüstungswahnsinn" ruft die Friedensbewegung NATO verwirklicht werden soll. Desunseres Landes für den Herbst 1984 zu halb ist die Hauptforderung der Friemehreren Großdemonstrationen auf. Mit der Stationierung der ersten Per- stoppen und rückgängig zu machen, shing II und Cruise Missiles hat sich die aktueller denn je. internationale Lage verschärft. Die Dieses "Nein" zur Raketenstationieneuen Atomraketen sind Kernstück rung ist Anlaß verschiedener Aktiviund Ausgangspunkt für weitere um- täten der

Unter dem Motto: "Noch ist es Zeit fassende Aufrüstung, durch die eine offensive Kriegsführungsstrategie der densbewegung, die Stationierung zu

Friedensbewegung



Herbst, In Hessen konzentriert sich der Protest im sogenannten "Fulda Gap" ("Fulda-Lücke"). Dort entstehen dichte Truppenkonzentrationen, Schießplätze werden erweitert, Schießbahnen werden neu gebaut. Atomminen lagern in den Bergen der Rhön. Die Straßen sind mit Sprengkammern dicht überzogen. Ständige Manöver und ständiger Schießlärm belasten die Bevölkerung dieser Region. Die Natur und Landschaft wird fortschreitend zerstört, Gersfeld, Wildflecken, Fulda und andere Orte sind zum Symbol einer hektischen Aufrüstungspolitik geworden

Ab dem 22. September werden regionale Friedensinitiativen mehrere Friedens-Camps im "Fulda Gap" durchführen. Diese Friedenscamps sind Ausdruck des Protestes gegen die diesjährigen Manöver im osthessischen Raum. Abschluß dieser Camps ist dann am 29. September, wo ein riesiges Menschennetz in diesem Raum entstehen soll. Tausende von Menschen werden in einer langen Menschenkette militärische Einrichtungen in Osthessen miteinander verbinden, um so die Größe und Dichte der Bedrohung in diesem Raum Raum aufzuzeigen.

Am 20. Oktober wird der Höhepunkt der Herbstaktivitäten sein. Mit einer 210 Kilometer langen Menschenkette vom geplanten Stationierungsort für die 96 Cruise Missiles in Hasselbach/Hunsrück bis zu den Mannesmann-Stahlwerken in Duisburg, dem Zentrum der Massenarbeitslosigkeit und einer Abschlußkundgebung in Bonn.

Diese Großkundgebung bildet den Abschluß einer bundesweiten Aktionswoche mit den unterschiedlichsten Aktivitäten. Damit der Herbst zu einem neuen Höhepunkt des Protestes der Friedensbewegung wird, rufen wir die Bevölkerung Mörfeldens dazu auf, sich an diesen Demonstrationen zu beteiligen. Noch ist es Zeit zur Umkehr. Noch ist es Zeit, den Rüstungswahnsinn zu stoppen!

Fluglärmbeschwerdestelle 0611/6902200 oder 6903900

Geißler wird unverschämt

Nach jahrelangen Kampfes der Frauen um die Abschaffung des § 218, nach der Reformierung im Jahre 1976 und das Inkrafttreten des Indikationsmodells, lebt die Diskussion um diesen Paragraphen erneut auf.

über einen Etat von 50 000 DM pro Jahr. Frauen, die ungewollt schwanger geworden sind, können maximal eine Hilfe von 5 000 DM erhalten, wenn sie das Kind zur Welt bringen. Was ist das eigentlich für eine Hilfe?

Das Indikationsmodell ist der "Wende"-Regierung schon seit langer Zeit ein Dorn im Auge. Prompt startete Familienminister Heiner Geißler vor kurzem eine Kampagne gegen die jetzige Regelung. Nach dem Motto, "viele Kinder braucht das Land", versucht er den § 218 weiter auszuhöhlen. Er meint, die Indikationslösung würde es den Frauen viel zu leicht machen, eine Schwangerschaft zu unterbrechen, Gezielt greift er die Familienberatungsorganisation "pro familia" an. "Pro Familia" hilft seit Jahren Menschen, die sich nicht selbst helfen können. Familien- und Eheberatung, Hilfe in ausweglosen Situationen für schwangere Frauen - ob verheiratet oder ledig: Auch Jugendberatung gehört zu ihren

Und jetzt kommt der Frontalangriff "unseres Familienministers" auf diese Einrichtung. Die Bundesländer sollen "pro familia" die Gelder entziehen. Zum Vorwand wird genommen, daß "p.r. o. familia" Frauen auch Hilfe bei Schwangerschaftsabbrüchen gibt und diese oft in materieller und sozialer Not befindlichen Frauen nicht der Geißler-Stiftung "Mutter und Kind" zuführt. Diese Stiftung, die Herr Geißler letzes Jahr ins Leben rief, verfügt

Jahr. Frauen, die ungewollt schwanger geworden sind, können maximal eine Hilfe von 5 000 DM erhalten. wenn sie das Kind zur Welt bringen. Was ist das eigentlich für eine Hilfe? "Pro familia" soll also den ratsuchenden Frauen weismachen, daß 5 000 Mark für die Erziehung eines Kindes ausreichen. Unter der Parole "Schutz für das ungeborene Leben" werden Frauen zum Gebären um jeden Preis getrieben. Wie der Schutz für das "lebende Leben" aussehen wird, ist zweitrangig. Eine vernünftige Familienplanung heißt doch, Voraussetzungen zu schaffen, daß Kinder unter den bestmöglichen Umständen aufwachsen können. Dazu gehören unter anderem Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagsschulen und auch kinderfreundliche Wohnungen für wenig Geld. Arbeit für alle, mehr Gleichberechtigung und ein Babyjahr für Frauen oder Männer.

Und wenn Herr Geißler sich in letzter Zeit immer wieder für einen reichen Kindersegen stark macht, drängt sich doch die Frage auf, was er sich wohl dabei denkt. Sicher ist diese Politik ein Instrument dazu, Frauen wieder in die alte "nur Mutterrolle" zurückzudrängen.

Dagegen müssen wir uns, wie schon in früheren Jahren, wehren. Die Forderung: Hände weg vom Paragraphen 218! – sie bleibt bestehen.

Friedl Küspert

Das OPEL-Buch ist da!

Die DKP hat ein Buch herausgebracht — ein Foto-Buch vom Streik der Opeler.

Herausgeber ist "Der Motor", die Betriebszeitung der DKP, Opel Rüsselsheim,

Im Buch sind die einzelnen Phasen des großen Kampfes um die 35-Stunden-Woche dargestellt. Die wichtigsten Reden sind dokumentiert, es gibt Beiträge von Betriebsräten und

Vertrauensleuten des Großbetriebes in unserer Nachbarschaft. Das wichtigste aber sind die 157 Fotos in dem 100-Seiten-Buch im Großformat. Über 400 Bürger aus unserer Stadt arbeiten bei Opel — viele werden sich auf den Fotos wiederfinden.

Das Buch ist bei den Mitgliedern der DKP in Mörfelden-Walldorf zu beziehen. Preis: 9,-- DM.

Die "Wende"

Auch in unserer Stadt immer mehr Sozialhilfeempfänger

Die ständig steigende Massenarbeitslosigkeit drängt in der Bundesrepublik immer mehr Menschen in die Armut. Laut Mitteilung des DGB erhalten nur ein Drittel der registrierten Arbeitslosen tatsächlich "Arbeitslosengeld". Die übrigen beiden Drittel sind, wegen der niedrigen "Arbeitslosenhilfe", oder da sie überhaupt keine Zahlungen erhalten, auf das Sozialamt angewiesen.

Vergleichszahlen über die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt sind trotz mehrfachem Bemühen der DKP-Fraktion nicht zu erhalten. In Hessen waren jedoch im Jahresmittel 1982 138 800 Arbeitslose registriert, im Folgejahr zählte die Arbeitsverwaltung 172 200. was einem Anstieg von 24 % entspricht. In der selben Zeit wuchsen landesweit die "Hilfen für den Lebensunterhalt" von einer knappen halben Milliarde um 10,4 % auf nunmehr 553 Millionen DM - in dieser Summe stekken, so das Landesamt, auch jene Zahlungen an Empfänger, die als "Hauptgrund" für den Antrag auf Sozialhilfe den "Verlust des Arbeitsplatzes" genannt haben.

Ähnlich wie im Landesdurchschnitt, ja sogar mit einer Steigerungsrate von 14 % zwischen 1982 und 1983, sind die Ausgaben für Sozialhilfe im Kreis Groß-Gerau gestiegen, wo 11,55 Millionen Mark zu zahlen waren. Auch auf dem Sozialamt der Stadt Mörfelden-Walldorf ist die "Wende" zu spüren. Ähnliche Steigerungen wie im Landesdurchschnitt und im Kreis Groß-Gerau sind festzustellen. Die täglichen Sprechstunden und die anschließenden Bearbeitungen der Fälle, belasten die beiden Sachbearbeiter in Mörfelder Rathaus im wahrsten Sinne des Wortes über die Maßen. Trotz gewaltiger Mehrarbeit wurden die Stellen in diesem Bereich seit Jahren nicht aufgestockt. Hier müssen sich die Kommunalpolitiker bei der Aufstellung des neuen Stellenplanes im Haushalt '85, etwas einfallen lassen.

Das Neueste was von den Wendepolitikern in Bonn beschert wurde ist, daß sie dieses Jahr erstmals im Monat August keine BAföG-Leistungen an Studenten und Schüler zahlen. Die ganzen Jahre wurde diese Unterstützungen fortlaufend das ganze Jahr gezahlt. In Bonn meint man, daß die jungen Leute während der Schul- und Semesterfe-

rien kein Geld benötigen, aber die Möglichkeit für einen Verdienst durch eine Aushilfstätigkeit in den Sommermonaten ist angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen kaum noch gegeben.

Wenn auch die sozial Schwachen, die Arbeitslosen, die Rentner und die vie-Jen jungen Menschen ohne Lehrstelle, sowie die Kranken und Hilfsbedürftigen die Nachteile der Bonner Politik als erstes spüren, so ist doch auch eine drastische Verschlechterung bei den Berufstätigen festzustellen. Wie dpa Ende Juli 1984 mitteilte, hat eine repräsentative Befragung des ISO-Instituts so einiges ans Tageslicht befördert. Fast alle befragten Arbeitnehmer spüren nichts von einem wirtschaftlichen Aufschwung und müssen sparsamer leben oder mehr arbeiten, wenn sie sich nicht einschränken wollen. Lediglich 6 % der Befragten können sich heute mehr leisten als in den letzten Jahren. Die betrieblichen Arbeitsbedingungen haben sich nach Angaben der Befragten in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. 78 % klagten über eine gestiegene Belastung am Arbeitsplatz und 60 % glauben, daß die Grenze ihrer persönlichen Belastbarkeit erreicht sei. Ein Drittel aller Arbeitnehmer gab an, mehr zu arbeiten, um den Arbeitsplatz halten zu können. Der Entwurf der CDU/CSU/FDP-Koalitionsregierung in Bonn für den Bundeshaushalt 1985, dokumentiert die wahren zwei Seiten der "Wende-Me-

daille". Die Rüstungsausgaben steigen um 3,7 %, die Sozialausgaben sinken um 3,1 %. Die Städte und Gemeinden haben von dieser Haushaltspolitik nicht das Geringste zu erwarten - im Gegenteil! Die Kürzungen der Sozialausgaben speziell auf Kosten der Arbeitslosen, wirkt sich unmittelbar auf die kommunalen Haushalte aus. Der finanzielle Handlungsspielraum des Bundes, auch im Hinblick auf die Sanierung der Gemeindefinanzen, wird zunehmend durch die wachsenden Rüstungslasten und die Konzernsubventionen, eingeengt. Dabei wären nanzhilfen für die Kommunen gerade im Augenblick dringend erforderlich und beschäftigungspolitisch von großer Bedeutung. Die Folgen der Finanznot in den Städten und Gemeinden ist das Absinken der kommunalen Investitionen mit den bekannten Folgen für die Arbeitsplätze. Eine verantwortungsbewußte Bundesregierung würde mit ihrem Etat genau an diesen Punkten ansetzen und den Gemeinden durch finanzielle Hilfen die Möglichkeiten eröffnen, eigene Beschäftigungsprogramme aufzulegen.

Da die Bundesregierung eher das Gegenteil bewirkt, kommt es in den kommunalen Parlamenten verstärkt darauf an, den Zusammenhang zwischen großer und kleiner Politik zu erkennen, wie es die DKP auch im Parlament dieser Stadt wiederholt hervorgehoben hat und auch auf sozialdemokratischer Seite, ganz besonders in der Zeit der Schmidt/Genscher-Regierung, nicht gesehen werden wollte.

Angesichts einer solchen Entwicklung, deren Schilderung noch auf den Bereich der Kostenabwälzungen auf die Kranken, Behinderten und Pflegebedürftigen ausgedehnt werden könnte, wird so mancher Mitbürger, der sich

Der gewöhnliche Kapitalismus



"Die sparen neben der Miete auch noch das Lichtgeld!"

von den Wahlkampfsprüchen der Kohl und Co. hat beeindrucken lassen, ernüchtert auf die Wendepolitik blicken.

> Heinz Hechler Stadtrat

Ein Zahlenbeispiel: Wer den Bleistift zur Hand nimmt und einmal ausrechnet, welcher Mindestssatz für seine Familie als Berechnungsgrundlage für eine Sozialhilfezahlung zugrunde gelegt wird, kann wohl nicht mehr von Sozialstaat oder sozialer Hängematte reden.

Regelsätze ab 1, 7, 1984:

Haushaltungsvorstand, oder alleinstehende Personen . 358,-- DM Kinder bis 7 Jahre DM 161,-- Kinder von 8–11 Jahre DM 233,-- Kinder von 12–15 Jahre DM 269,-- Kinder von 16–21 Jahre DM 322,-- Haushaltsangehörige DM 286,-- zuzüglich Miete, zuzüglich Zinsbelastungen.

Gemeinsame Blockade?

Wer es bis jetzt noch nicht wußte, hier wird es deutlich, der Wahlkampf hat begonnen. Mit dem Flugblatt "Gemeinsame Blockade der CDU, GBL und DKP" wird wie eine "beleidigte Leberwurst" versucht, den anderen Schuld zuzuschieben und eigene Unfähigkeit und Versäumnisse zu überdecken.

Zur Sache: Völlig normal ist, daß eine Oppositionspartei den Haushalt der Regierungspartei, der die Richtschnur des Handelns ist, ablehnt. Das ist in Bonn nicht anders. Unsere Anträge zum ordentlichen Haushalt wurden fast alle abgelehnt und von daher haten wir keinen Grund, den Nachtragsetat mitzutragen. Bis vor kurzem galt auch noch das Bündnis SPD/GDL; eine quasi Koalition. Sie wurde bekanntlich aufgelöst.

Wenn sich nun andere Mehrheitsverhältnisse abzeichnen, ist es an der SPD als größte Fraktion und "Rathauspartei", sich um eine Mehrheit bei den anderen Fraktionen zu bemühen. Dies ist vor der Verabschiedung des Nachtragshaushalts nicht geschehen. Wer im Vorfeld der Haushaltsberatungen, wo sich das Abstimmungsergebnis abzeichnete, unfähig oder nicht willens ist, um Mehrheiten zu verhandeln, braucht sich nachher nicht zu wundern. Oder war die Abstimmungsniederlage gar inszeniert, um im Wahlkampf besser argumentieren zu können?

Wir haben schon mehrmals betont, daß wir den Haushalt aus Protest ablehnen, weil die wenigen Mittel nicht ausreichen, um dringend notwendige Einrichtungen für die Bürger zu schaffen. Wir waren strikt gegen die Gebührenerhöhungspolitik, die die Bürger unserer Stadt stark belastet, weil Zuschüsse des Landes und des Bundes gekürzt werden. Und dies seit der "Wenderegierung" umso stärker. Doch wir haben auch gesagt, daß unsere Ablehnung kein Dogma ist. Wenn man uns entgegenkommt, sind wir auch bereit, einem Haushalt zuzustimmen. Das haben Kommunisten in anderen Städten und Gemeinden schon bewiesen.

Wer uns vorwirft, wir wären gegen die Beschlüsse des Parlamentes, wie Einrichtung einer Jugend- und Drogenberatungsstelle, Gedenkstein an der ehemaligen Synagoge, Baumaßnahmen Kanalverbund, Rettungsgeräte Feuerwehr, DRK-Krankentransportstation etc., der spielt mit gezinkten Karten, sagt die Unwahrheit und verleumdet. Das darf nicht der Stil eines Wahlkampfes sein. Im Interesse der Sache und der Bürger sollte versucht werden, dennoch einen Haushalt zu verabschieden, damit dringende Vorhaben zum Wohl unserer Stadt realisiert werden können, Rudolf Dötsch

"Naturalisiert"

Mit diesem Begriff wird der Bevölkerung verschleiert, daß jährlich Lebensmittel, vor allem Gemüse und Obst, vernichtet werden. Doch warum sind Lebensmittel erheblich teurer als auf dem Weltmarkt, warum finden die landwirtschaftlichen Erzeugnisse angeblich keine Abnehmer, warum gibt es nur (vielleicht) zu Weihnachten und nur in begrenzter Menge, verbilligte Butter? Warum ersticken hier die Menschen fast in Gemüse-, Fleisch-, Butter- und Obstbergen, ertrinken in Wein- und Milchseen, wo anderswo Unterernährung und Hungertod herrschen? Wenn hier von Hunger gesprochen wird, denke ich nicht nur an die sogenannten Drittländer, sondern auch an Westeuropa, das Wirtschaftsgebilde Europäische Gemeinschaft, das Bündnis im Interesse der Konzerne und weniger der Bedürfnisbefriedigung der Menschen. Während Sozialhilfe erst bei einem monatlichen Einkommen unter 358,-- Mark (Haushaltsvorstand oder alleinstehende Personen) gezahlt wird, Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten in finanzielle Schwierigkeiten geraten usw., die Mieten und Beiträge steigen, werden andererseits 600 Millionen Mark aufgebracht, um 1.8 Millionen Tonnen Obst und Gemüse zu vernichten. So wurde im letzten Jahr 13 % der Apfel-, 20 % der Zitronen und 11 % der Pfirsichernte "aus dem Markt genommen", wie man beschönigend sagt.

Die Probleme bestehen nicht erst seit gestern. Sie werden verwaltet, aber nicht gelöst, sie werden vor sich hergeschoben und vergrößern sich mit der Vergrößerung der Gemeinschaft. Ein "Schönwetterverein" sozusagen auf Kosten der Steuerzahler.

DKP feierte





Im Hof des "Goldenen Apfel" feierte die DKP ihr diesjähriges Grillfest. Stadtrat Heinz Hechler ging in seiner Begrüßung auf die Umbauplanungen des Hofgutes ein, das noch in diesem Jahr Bauarbeiter sehen wird. Nach jahrelangen Diskussionen und Planungen soll nun endlich mit den Restaurierungsarbeiten begonnen werden. Nach Abschluß der Umbautätigkeiten, die sich einige Jahre hinziehen, wird sowohl das Heimatmuseum eingerichtet sein, als auch die Stadtbücherei ein neues Domizil haben. Auch das Vordergebäude soll eine attraktive Gaststätte beherbergen. Der "Goldene Apfel" soll nach den Vorstellungen der DKP ein Beispiel sein und Signalwirkung haben für die weitere Sanierung der historischen Bausubstanz der Mörfelder Altstadt.

Neben der Sorge um das leibliche Wohl bot das Grillfest die Möglichkeit der Information über die Arbeit der DKP. Die SDAJ führte eine Aktion zur internationalen Solidarität durch. Sie sammelte Geld für eine Betonmaschine für Nicaragua.

Es waren unsere Nachbarn

Unter dieser Überschrift stand im ersten Buch "Die Stadtfarbe ist rot!", das von der "blickpunkt"-Redaktion 1976 herausgegeben wurde, ein Artikel über die Mörfelder Juden. Im folgenden geben wir ihn leicht gekürzt wider:

Es gibt auch in Mörfelden kaum eine Familie, die nicht einen unersetzlichen Verlust in den beiden grausamen Weltkriegen zu beklagen hätte. Es gibt kaum ein Dorf, in dem nicht eine Tafel mit langen Namensreihen an die gefallenen und vermißten Soldaten erinnert. Viele stumme Opfer aber werden vergessen - die Jaden, Die Juden, die früher in Mörfelden wohnten, sind ausgelöscht. Sie fehlen in den alten Dorfakten, sie fehlen oft schon im Gedächtnis der Bewohner. "Bei uns ist kein KZ-Opfer bekannt." "Aber es gab doch Juden im Ort!", "Ja, die wurden abgeholt." Sie wurden "abgeholt", sie fehlen einfach: ehemalige Nachbarn, Spielgefährten, Kollegen, Freunde. Wenn wir sie nicht wiederfinden, dann haben wir mehr verloren als die Toten zweier Weltkriege. Wir haben die Menschlichkeit eingebüßt.

Bis zum Jahre 1938 hatte das Hitlerregime durch gesetzliche Maßnahmen und durch Terror die Juden aus dem öffentlichen Leben praktisch ausgeschaltet.

Als ein siebzehnjähriger Jude am 7, November 1938 den Nazidiplomaten Ernst vom Rath in Paris erschoß, um sich wegen der Behandlung seiner Angehörigen in Deutschland zu rächen, benutzten die Nazi dies als Anlaß für einen furchtbaren Pogrom in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938. In dieser "Kristallnacht" mißhandelten SS und SA Juden, schleppten sie in Konzentrationslager, steckten Synagogen in Brand und zerstrüm-

merten Tausende jüdische Geschäfte. Auch in Mörfelden wurde die Scheune eines Juden eingeäschert, auch hier zertrümmerten die Nazis die Fensterscheiben jüdischer Mitbürger. Unter den Arbeitern waren es vor allem die Kommunisten und Sozialdemokraten, die dem antisemitischen Sadismus der Nazis den schärfsten Kampf ansagten und den gejagten jüdischen Mitbürgern jede nur mögliche Hilfe erwiesen. Die illegale KPD verurteilte die Ausschreitungen in einem Aufruf "Gegen die Schande der Judenpogrome" in dem es u. a. hieß: "Der Kampf gegen die Judenpogrome ist ein untrennbarer Teil des deutschen Freiheits- und Friedenskampfes gegen die Nazi-Diktatur."

In Mörfelden gab es eine Reihe jüdischer Familien. Die Namen sind meist nur noch den älteren Bürgern bekannt. In der Hintergasse wohnte eine Familie Sobernheim, eine Familie Weishaupt in der Elisabethenstraße. Die Familien Schott und Strauß lebten in der Mittelgasse, die Familien Kohn und Goldschmitt in der Langgasse, In der Westendstraße wohnte eine weitere Familie Schott. Es gab zwei Familien Raiß, sie wohnten in der Zwerggasse und in der Weingartengstraße. In der Brückenstraße lebte die Familie Rosenthal. Es waren in der Regel keine reichen Leute. Einige lebten schon seit Generationen in Mörfelden. Sie waren "Mörfelder". Und in Mörfelden wohnaufgeschlossene Arbeiter und Bauern; Antisemitismus gab es nicht. Nach 1933 waren unsere jüdischen Mitbürger Schikanen und Repressalien ausgesetzt. Zur Kennzeichnung muß-

Mörfelder Schüler des Jahrgangs 1927 und 1928. Zwei Kinder davon (Pfeile) waren jüdischen Glaubens. Oben: Herbert Neu, unten Ilse Mainzer,



ten sie einen gelben Stern tragen, sie erhielten kleine Rationen auf den Lebensmittelkarten, einige mußten im Straßenbau arbeiten. Zwangsweise mußten die Männer zusätzlich den Namen Israel und die Frauen den Namen Sarah tragen. Nicht alle waren den ständigen Beleidigungen gewachsen: In der Brückenstraße verübte die Jüdin Rosenthal Selbstmord. Verschiedene Familien konnten noch rechtzeitig den Verfolgungen entgehen, indem sie auswanderten. Als letzte Mörfelder Jüdin konnte Erna Strauß am 6. Januar 1941 nach New York entkommen. Für die Daheimgebliebenen wurde das Leben immer unerträglicher. Am 5. März 1942 erhängte sich Simon Schott, 72 Jahre alt, in seiner Scheune. Und irgendwann im Jahre 1942 wurden unsere jüdischen Mitbürger "abgeholt". Abgeholt, um vergast und verbrannt zu werden.

Augenzeugen schilderten uns: "... sie saßen auf ihren Koffern vor der Bürgermeisterei. Greise und Kinder dabei. Es gab herzzerreißende Szenen... Die Kinder wurden von den Eltern getrennt." Die Bevölkerung sah zu, Empörung mischte sich mit Angst.

In Mörfelden ist seit 1945 nichts geschehen, um das Schicksal unserer ehemaligen jüdischen Mitbürger aufzuzeichnen. Man darf es nicht länger aufschieben. Sechs Millionen Juden wurden von den Nazis viehisch ermordet, darunter auch Mörfelder Bürger. Niemand soll sagen, es sei nicht mehr notwendig, davon zu erzählen. Der nazistische Ungeist ist immer noch stark vertreten in diesem Land. Das sollten wir nicht vergessen. Man muß wachsam sein!

Auf Antrag der DKP-Fraktion wird am 2. September, um 11.00 Uhr, an der Straßenecke Langgasse/Kalbsgasse, am Standort der ehemaligen Mörfelder Synagoge ein Gedenkstein enthüllt, der auf das Schicksal der Juden hinweist und Mahnung für die Zukunft ist. Zu dieser Feierstunde erwartet die Stadt ehemalige jüdische Mitbürger. Im Anschluß daran, um 12.00 Uhr, wird für die Dauer einer Woche nochmals die Ausstellung "Alltag unter dem Nationalsozialismus in Mörfelden und Walldorf" im Bürgerhaus Mörfelden eröffnet.

Um 16.00 Uhr findet dann im Bürgerhaus Mörfelden eine Gesprächsrunde statt, in der u. a. ehemalige KZ-Häftlinge über ihre prsönlichen Erfahrungen im Alltag unter dem Faschismus sprechen. Wir bitten die Mörfelder-Walldorfer Bevölkerung recht zahlreich an der Feier und den Veranstaltungen teilzunehmen.

Eine Würdigung von Wilhelm Hamman ist längst überfällig

In vielen europäischen Ländern gehört es mit zum demokratischen Leben, daß antifaschistischen Widerstandskämpfern eine Ehrung zuteil wird. Das ist so in der Sowjetunion, in der DDR, in Frankreich, in Italien und in vielen anderen Ländern. Die Frankfurter Rundschau schreibt am 24.7.84: "Ein Hin und Her um den Namen Wilhelm Hammann gab es im Kreis Groß-Gerau in den letzten Wochen und Monaten. Da wollte der Kreisausschuß noch bevor es die israelische Botschaft wußte - erfahren haben, daß die Gedenkstätte Yad Vashem in Tel Aviv die Ehrung Hammanns als "Gerechten unter den Völkern" abgesetzt habe. Prompt reagierte der Kreistag, indem eine Ehrung des ehemaligen kommunistischen Landrats innerhalb des Kreises ohne großes Aufsehen von der Tagesordnung verschwand, Inzwischen kamen aus Israel die klärenden Worte. daß offensichtlich ein Gespräch fasch verstanden worden sein muß: Die Ehrung Hammanns war nie abgesetzt worden, Hammann ist jetzt "hundertprozentig anerkannt", wurde nun von der israelischen Botschaft mitgeteilt."

In der BRD tut man sich mit der Ehrung von Persönlichkeiten aus dem antifaschistischen Widerstand furchtbar schwer. Auch im Kreis Groß-Gerau.

Da ist der Lehrer Wilhelm Hammann aus Groß-Gerau. Er hat unter Einsatz seines eigenen Lebens 159 jüdische Kinder im KZ-Buchenwald vor der Vernichtung gerettet. Wilhelm Hammann war nach der Zerschlagung des Faschismus der erste Landrat im Kreis Groß-Gerau. Er hat mit dazu beigetragen, die Trümmer in den Köpfen der Menschen zu beseitigen und das demokratische Leben neu aufzubauen. Wilhelm Hammann war Abgeordneter des Hessischen Landtages. Er kam

1955 bei einem Autounfall ums schlugen, töteten und quälten die Leben. Wenschen. Wilhelm Hammann

Man tut sich sehr schwer mit einer Ehrung von Wilhelm Hammann im Kreis Groß-Gerau. Scheinbar gibt es Komplikationen, wenn man einen Kommunisten ehren würde. Zumal es in diesem Staat immer noch üblich ist, Kommunisten im öffentlichen Dienst mit Berufsverbot zu belegen oder diese an den Rand der Legalität zu drängen.



Die jüdische Stiftung Yad Vashem hat jetzt Wilhelm Hammann postum zum "Gerechten unter den Völkern" ernannt. Diese Würdigung wird 29 Jahre nach seinem Tode ausgesprochen, Bisher gab es zu dieser Ehrung im Landratsamt Groß-Gerau nur das offizielle Schweigen, Jetzt hat man das Schweigen gebrochen, indem man eine Dokumentation über das Leben und Wirken von Widerstandskämpfern aus dem Kreis Groß-Gerau erstellen will. Hier soll Wilhelm Hammann auch erwähnt werden.

Der Lehrer Wilhelm Hammann hat sich die zehn Jahre Zuchthaus und Konzentrationslager nicht freiwillig ausgesucht. Es waren die Nazimörder, die ihn in Zuchthaus und Konzentrationslager steckten. Sie folterten, er-

schlugen, töteten und quälten die Menschen. Wilhelm Hammann hat diese Hölle durchgestanden. Es ist erdrückend und zu erkennen, daß der Lehrer, Antifaschist, Kommunist und ehemalige Landrat des Kreises Groß-Gerau von ausländischen Organisationen für seinen Widerstandskampf geehrt wird, und daß von offizieller Seite im Landratsamt ein aufrechter Demokrat und Widerstandskämpfer vergessen und verdrängt wird.

In anderen europäischen Ländern wäre schon längst eine Schule nach dem Lehrer Wilhelm Hammann benannt.

An der Person Wilhelm Hammann wollen wir aufzeigen, daß es im Kreis Groß-Gerau Menschen gab, die im faschistischen Hitlerdeutschland den Mut hatten, sich trotz Qual, Verfolgung, Not und Kerker für Demokratie und Frieden einzusetzen. Eine Würdigung und Ehrung des Lebens von Wilhelm Hammann als erster Landrat des Kreises Groß-Gerau und als Widerstandskämpfer ist längst überfällig.

Rainer Haag Kreisvorsitzender der DKP-Groß-Gerau



Mutter schützt ihre Kinder Lithographie von Käthe Kollwitz

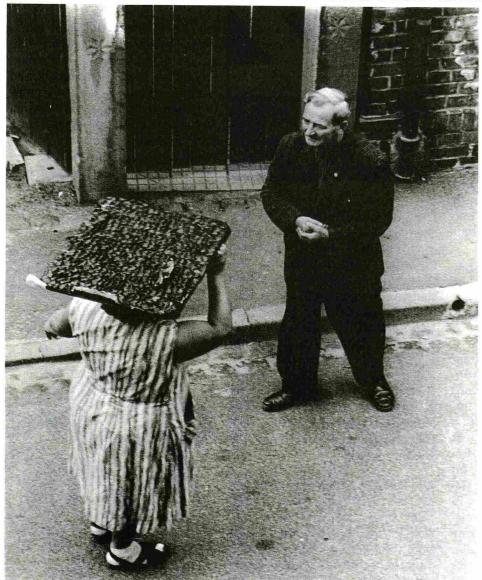
"Es gibt nichts Wichtigeres..." Mörfelden Walldorf Stadtteil Märfelden Kreis Graß Gerau Atomwaffentreie Zone

Das neue "blickpunkt"-Buch ist da

Es ist das fünfte Buch der "blickpunkt"-Redaktion und vielleicht das wichtigste. Erschienen sind bereits: "Die Stadtfarbe ist rot!" (1976), "Merfeller Gebabbel" (1978) und die beiden Startbahn-Bücher "Oktobertage" (1981), "... und nichts wird vergessen!" (1982).

Es gibt, wie in den früheren Büchern, außerordentlich viele Fotos, auf denen sich die Bürger unserer Stadt wieder finden. Es gibt aufregende Schilderungen über das Ende des 2. Weltkrieges in unserer Umgebung. Bewegende Abschnitte über die Kriegsfolgen und den Neubeginn. Viele Beiträge von Bürgern schildern Eindrücke, Erlebnisse; Empfindungen. So entsteht ein Buch, das Auskunft gibt über die finstere Zeiten von Krieg und Faschismus, aber auch über die Hoffnungen der Menschen, auf eine friedliche Zukunft.

Erstverkauf: Samstag, 1. September ab 9.00 Uhr, Mörfelder Dalles 16,-- DM



Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck

Mörfelden

gestern

Spätsommerzeit — "Quetschekuchezeit". Das war für die ganze Familie ein Fest. Es gab ja sonst nicht jede Woche Kuchen, aber in der Zeit der Zwetschenernte wurde schon auch mal bei den armen Familien freitags oder samstags "eingemehrt", wie es im Volksmund so schön hieß, wenn der Hefeteig angesetzt wurde.

Fast jeder hatte selbst, oder im Bekanntenkreis, einen Zwetschenbaum, so daß außer Mehl und Hefe, plus dem damals noch sehr niedrigen Backlohn, nicht viel mehr notwendig war. Trotz schwerem Kuchen, den man auf dem Kopf trug, hatte man auf dem Weg vom Bäcker zur Wohnung noch Zeit für ein Schwätzchen.

Auf unserem Bild, im sicherlich interessanten Zwiegespräch: "Fritze-Janchen" mit "Kolbe-Adam" und man glaubt zu hören: "Ei Janche wie?". "Ach Adam, so lang uns de Quetschekuche noch schmeckt seun mer zu friere"!